

gebracht haben, dann danken wir es der Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen, die Delegierte dieses Parteitages waren.

Ich erinnere an eine Bemerkung in meiner Eröffnungsrede, als ich davon sprach, das Ausland soll nicht immer suchen, wo in Deutschland demokratische Kräfte leben. Ich habe auf die deutsche Sozialdemokratie hingewiesen. Abgesehen von unserer organisatorischen und politischen Arbeit, die wir draußen leisten, ist die Art und Weise, wie dieses große Parlament täglich gearbeitet hat, Tage und Nächte, ein glänzender Beweis dafür, daß in dieser Sozialdemokratie die Demokratie nicht nur eine prinzipielle Angelegenheit ist, sondern daß wir in der Lage sind, im demokratischen Geiste frei zu diskutieren und frei zu entscheiden über jedes Problem, das uns gestellt wird. Insofern war, abgesehen von den politischen Beschlüssen dieses Parteitages, die Art der Arbeit dieses Parteitages ein Beweis für die Stärke der demokratischen Kräfte, die in der Partei leben.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte nichts den Worten hinzufügen, die *Paul Löbe* und *Kurt Schumacher* über den Sinn und die Bedeutung dieses Parteitages gesagt haben. Wir haben hier alle für unsere Arbeit draußen neues geistiges Rüstzeug gewonnen. Und, Genossen, ich glaube, wir haben auch alle die notwendige innere Kräftigung gewonnen in diesen Tagen, die uns befähigen werden, nicht nur mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, mit denen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen müssen, sondern auch die Kraft zu gewinnen, trotz aller Schwierigkeiten auf den Trümmern des Deutschlands von heute die neue demokratische und soziale Ordnung eines sozialistischen Deutschlands zu bauen. Laßt uns hinausgehen an die Arbeit, in den Kampf, laßt uns wirken und werben unter der alten und immer wieder neuen Kampfparole der Sozialdemokratie: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“ (Starker Beifall.)

(Es folgt der gemeinsame Gesang „Auf Sozialisten, schließt die Reihen“.)

Der Parteitag ist beendet.

(Schluß der Sitzung 12.35 Uhr.)

Begrüßungsschreiben und Telegramme

Prag: Sozialdemokratische Partei Tschechoslowakei; Pretoria: Georg Dewald; New York: Siegfried Aufhäuser und Frau; Zürich: Sozialdemokratische Partei Schweiz; New York: Reinhold Niebuhr; München: Sozialdemokratische Partei Georgiens; Schleswig: Kreis- und Ortsverein der SPD; New York: Norman Thomas und Harry Fleischmann; Braubach am Rhein: Ortsverein der SPD; La Paz: Gruppe deutscher Sozialdemokraten in Bolivien; New York: Irving Brown, AFOL; Helsingfors: Sozialdemokratische Partei Finnlands; Stockholm: Auslandsvertretung der Sozialdemokraten in Lettland; Ottawa: David Lewis; ferner ging ein Begrüßungsschreiben der Vertreter der „Ukrainischen Sozialistischen Partei aus dem ehemaligen Polen“ ein.

Kundgebungen und Beschlüsse
des sozialdemokratischen Parteitages in Nürnberg
vom 29. Juni bis 2. Juli 1947

Deutschland und Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit bejahenden Sozialismus als der Gesellschaftsform des neuen Europa.

Das Dritte Reich hat Europa überfallen und geplündert und schließlich Deutschland in den Abgrund gestoßen. Die Verelendung Deutschlands läßt jetzt Europa verarmen und ist ein Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Die ständig wachsenden Mangel- und Hungerkrisen einer zerbröckelnden Wirtschaft führen in Deutschland zur Zerstörung und Auslöschung der menschlichen Arbeitskraft. Wenn die Arbeit nicht mehr imstande ist, das Leben zu erhalten, verliert sie ihren Sinn. Produktionsmittel dürfen nicht zerstört, sondern müssen erhalten und neu geschaffen werden.

Der Erfolg der großangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa ist in der Auswirkung von dem Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Noch vor dem nächsten Winter muß auch das deutsche Volk den Glauben an eine Politik der Hilfeleistung und der Vernunft gewinnen können.

Eine erstarkende und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben, die über Zonengrenzen hinweg die ökonomische und politische Einheit Deutschlands zu bilden geeignet ist. Enttäuschungen dagegen erzeugen Glaubenslosigkeit und damit die politische Reservearmee, die aus Verzweiflung, Aussichtslosigkeit und Unwissenheit sich für Abenteuer mißbrauchen läßt.

Die SPD sieht ihre Aufgabe darin, den Weg frei zu machen

für die Konzentrierung der Kräfte auf die Belebung und Stärkung einer geplanten Produktion,

für Überwindung der unerträglichen Unterschiede in der Lebenshaltung durch die Angleichung der Lebensbedingungen,

für eine Politik der sozialen Hilfeleistung an die Benachteiligten und Bedürftigen,

für den gerechten Lastenausgleich, der die Bürden nach der Kraft der Schultern verteilt,

für den Sozialismus als Träger der Demokratie und des Friedens und die Entmachtung der großkapitalistischen Cliquen.

Die soziale Gerechtigkeit muß das tragende Prinzip des Aufbaues eines neuen Deutschlands in einem neuen Europa sein.

Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik

A.

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert, daß die Verfassung der Deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund berücksichtigt. Die friedliche Entwicklung zu einem europäischen Bunde verlangt eine klare Absage an jede Politik eines nationalen Egoismus, der sich unter Ausnutzung der politischen Machtstellung durch den jeweils Mächtigen auf Kosten des jeweils Schwächeren insbesondere in Annexionen äußert. Annexionen können nicht die Grundlage friedlicher Entwicklungen bilden.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts sind bindende Bestandteile des Reichsrechts. Sie sind für den Staat und für den einzelnen Staatsbürger verbindlich.

Die Verfassung soll Bestimmungen enthalten, die es ermöglichen, durch Reichsgesetz Hoheitsrechte im Rahmen internationaler Vereinbarungen an internationale Institutionen zu übertragen.

2. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Sie lehnt unter Anerkennung stammesmäßiger Besonderheiten jeden offenen oder versteckten Separatismus und Partikularismus ab. Die Verfassungen der Länder dürfen nichts enthalten, was der Reichseinheit entgegensteht. Daher haben die Länderverfassungen einen Vorbehalt aufzunehmen, daß Reichsrecht Länderrecht bricht. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung müssen diesen Grundsätzen folgen.

3. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt die Umwandlung der Deutschen Republik in einen Staatenbund ab, weil ein Staatenbund nach außen die Entwicklung zu einer europäischen Einheit hemmen und nach innen eine unerwünschte Zersplitterung der zur Gesundung und zum Aufbau erforderlichen Kräfte bedeuten würde. Deutschland wäre bei einer Auflösung in selbständige Staaten nicht lebensfähig. Es liegt kein Grund vor, Deutschland auf längst überlebte Zustände zurückzubringen. Die Entwicklung zu größeren staatlichen Einheiten ist nicht nur eine deutsche oder europäische Erscheinung, sondern eine Tatsache, die in der allgemeinen Entwicklung zur Universalität und in der Natur der modernen Technik liegt und darum eine generelle Erscheinung des politischen und wirtschaftlichen Lebens aller Kontinente ist.

4. Die Deutsche Republik wird ein Bundesstaat sein müssen, in dem sowohl die Einheitlichkeit der Regierungsgewalt als auch die damit vereinbarte Eigenständigkeit der Länder im Sinne einer gesunden Dezentralisation gewährleistet ist.

B.

1. Die Reichsgewalt geht von dem ganzen deutschen Volk aus, das seinen Willen durch den Reichstag, gebildet auf Grund eines allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts aller wahlberechtigten Männer und Frauen, kundgibt.

Die Verfassung der Deutschen Republik ist von einer nach den gleichen Grundsätzen zu wählenden Nationalversammlung zu beschließen.

2. Neben dem Reichstag besteht der Reichsrat. Seine Mitglieder werden von den Landtagen gewählt. Sie können nicht zugleich Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sein. Der Reichsrat ist an der Gesetzgebung und an der Aufstellung des Reichshaushaltes zu beteiligen. Ihm steht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht zu. Der Einspruch hat lediglich aufschiebende Wirkung. Zur erneuten Beschlußfassung des Reichstages bedarf es keiner qualifizierten Mehrheit. Die Bildung weiterer, insbesondere ständischer Organe oder Einrichtungen, wie der frühere Reichswirtschaftsrat, die an der gesetzgebenden Gewalt des Reiches zu beteiligen wären, wird abgelehnt, da sie in keinem Falle geeignet sind, das Gesamtinteresse des Volkes zu vertreten.

3. An der Spitze der Deutschen Republik steht ein Präsident, dessen Amtszeit mindestens zwischen der einfachen und doppelten Legislaturperiode des Reichstages liegen soll.

4. Die vollziehende Gewalt liegt bei der Reichsregierung. Diese bedarf des Vertrauens des Reichstages. Ein Mißtrauensvotum führt nur dann zu dem Rücktritt der Regierung, wenn binnen einer bestimmten Frist eine neue Regierung gebildet wird.

5. Die Verfassung darf keine Bestimmung über ein Notstandsrecht enthalten, die dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen.

6. Für die Deutsche Republik ist ein Staatsgerichtshof einzurichten, der für Verfassungsstreitigkeiten und Ministeranklagen ausschließlich zuständig ist.

C.

Die Verfassung hat die Grundrechte und Grundpflichten eines jeden Deutschen zu enthalten. Die unveränderlichen Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Achtung vor der religiösen und der politischen Überzeugung des anderen, aber auch der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der in einem Staat zusammengefaßten Lebensgemeinschaft müssen ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Lebens und der Verfassung sein.

2. Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in der Freiheit und in der Erfüllung des Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohle zu entfalten. Es ist die Aufgabe des Staates, dem Menschen hierbei zu dienen.

3. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Er ist daher in der Verfassung zu ächten.

D.

1. Gesetzgebende Gewalt

a) Die Bestimmung der Zuständigkeiten wird reichsrechtlich geregelt. Die Finanz- und Steuerhoheit, die Regelung des Finanz- und Lastenausgleiches ist Sache der Reichsgewalt. Die einheitliche Finanzpolitik ist notwendig, weil sie ein wesentliches Mittel zur Lenkung der Wirtschaft ist und weil der Neuaufbau eine gerechte Lastenverteilung verlangt. Innerhalb dieser Grenzen bleibt den Ländern und Selbstverwaltungskörperschaften das Recht, die ihnen überlassenen Einnahmequellen heranzuziehen.

b) Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, liegt ausschließlich bei dem Reichstag oder bei der Reichsregierung. Die Gesetze werden vom Reichstag beschlossen. Ein Volksentscheid ist nur für bestimmte, in der Verfassung festzulegende Fälle unter Wahrung bestimmter Verfahrensvorschriften möglich.

2. Vollziehende Gewalt

a) Regierung; Regierungsfunktionen mit Hohelichtscharakter sind ausschließlich Sache der Reichsgewalt.

b) Verwaltung: Reichselgene Sonderverwaltungen sind nur ausnahmsweise zulässig. Die Verwaltung wird in der Regel auf den Gebieten, die der Reichsgewalt zustehen, in deren Auftrag von den Ländern ausgeübt. Der Auftrag kann sich auch auf die organisatorischen Formen der Durchführung erstrecken (dezentralisierte Verwaltung).

3. Richterliche Gewalt

Die Einheit des Rechts in Deutschland wird nur durch eine Einheit der Rechtsprechung gesichert. Diese kann nur durch Reichsgerichte gewährleistet werden.

E.

Aufbau der Länder

Die augenblicklichen Ländergrenzen können nur als vorläufige angesehen werden. Die endgültige Festlegung wird erst dann möglich sein, wenn die deutschen Grenzen feststehen und die Zonengrenzen nicht mehr als politische Trennungslinien wirken.

Die Aufgliederung der Deutschen Republik soll einen sinnvollen Ausgleich der Länder untereinander herbeiführen und die Hegemonie eines einzelnen Landes ausschließen. Die Länder sollen Gebiete umfassen, die kulturell, wirtschaftlich und verkehrstechnisch möglichst eine geschlossene Einheit bilden. Sie müssen genügend groß sein, um eine eigene innere Tragfähigkeit zu besitzen und um den ersten Ausgleich in sich selbst vollziehen zu können. Damit wird zugleich ein einfacher und übersichtlicher Verwaltungsaufbau ermöglicht und eine lebendige Anteilnahme der Bevölkerung auf allen Stufen der Verwaltung gewährleistet. Gebiete einseitiger Struktur oder Gebiete, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, eignen sich nicht zur Zusammenfassung, da sie in jeder Krise die nächsthöhere Instanz zur Hilfe heranziehen müssen.

F.

Die Landesgewalt

Der Landtag geht aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen aller wahlberechtigten Männer und Frauen hervor.

Für die Länder sind zweite Kammern abzulehnen.

Die Länder bedürfen keines besonderen Staatspräsidenten.

G.

Aufbau der Landesverwaltung

Der Aufbau der Verwaltung in den Ländern ist Landesangelegenheit. Durch reichsgesetzliche Richtlinien kann gewährleistet werden, daß die den Ländern übertragenen Auftragsangelegenheiten gleichmäßig und ohne Reibungen durchgeführt werden.

Erfüllt ein Land die ihm nach Reichsrecht obliegenden Pflichten nicht, so wird es zur Erfüllung des rechtmäßigen Zustandes angehalten.

H.

Die gemeindliche Selbstverwaltung

Die Gemeinden haben in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung alle öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen, soweit diese nicht nach gesetzlichen Vorschriften anderen Stellen ausdrücklich zugewiesen sind (Universalitätsprinzip).

Die Sozialdemokratie fordert daher eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der gemeindlichen Selbstverwaltung. Die Größe der Gebietskörperschaften hat dem erweiterten Aufgabenkreis Rechnung zu tragen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Die Auswirkungen der Mißwirtschaft der Nazis und ihres Krieges, die beide in Wahrheit nur die Fortsetzung monopolkapitalistischer Politik mit anderen Mitteln waren, spitzen sich immer mehr zum Kampf um Leben und Sterben der breiten Massen des deutschen Volkes zu. Zwar versuchen auch heute noch Millionen Deutscher durch ehrliche produktive Arbeit das zu erzeugen, was mit einem durch den Krieg zerstörten, durch Zonengrenzen und Demontagen desorganisierten Produktionsapparat von halbverhungerten Menschen erzeugt werden kann. Aber ihre auf Aufbau gerichteten Anstrengungen sind den Kräften unterlegen, die in Deutschland auch heute noch eine Politik der Ausbeutung und der Profitmacherei treiben

wollen. Diese innerdeutschen reaktionären Kräfte suchen und finden Unterstützung und Ergänzung durch von außen kommende Faktoren, die teils die deutschen Verhältnisse nicht genug kennen, um ihre Macht und Verantwortlichkeit positiv einzusetzen zu können, teils die Zusammenhänge des deutschen Problems mit den wohlverstandenen Interessen ihrer eigenen Völker nicht sehen und respektieren.

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, den Deutschen, die guten Willens sind, gegen die Widerstände von innen und außen die Voraussetzungen dafür zu erkämpfen, daß ihre Arbeit und ihre Opfer sinnvoll werden.

An den Anfang jeder Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Problemen muß der Appell an das Verständnis der Welt gestellt werden. Das deutsche Volk kann aus eigener Kraft ohne die Hilfe der Siegermächte und aller anderen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen seine Volkswirtschaft und damit sein nationales Leben nicht wieder aufbauen. Es würde aber dem Lebens- und Leistungswillen der Deutschen widersprechen, wenn diese Hilfe nur in Form von Almosen gewährt würde, die gerade ausreichen, um nicht alle Deutschen verhungern zu lassen. Vielmehr muß die materielle Hilfe in einer Form und in einem Umfang, aber auch in einem Tempo geleistet werden, daß sie zur Initialzündung wird, die die deutsche Friedensproduktion so in Gang setzt, daß sie den Bedürfnissen der Deutschen und ihrer wirtschaftlichen Nachbarn gerecht werden kann. Im Europaplan der Vereinigten Staaten von Amerika muß auch Deutschland als ein vollwertiger Faktor und nicht nur als Objekt eingeschaltet werden. Sicherung der Ernährung, großzügige Kapital- und Rohstoffkredite, Holz- und Kohlenmoratorium, Einstellung von Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion, Exportmöglichkeiten für deutsche Qualitätserzeugnisse sind die Mittel dazu.

Ein neuer Ordnungsrahmen auf sozialistischer Grundlage muß für die deutsche Volkswirtschaft geschaffen werden. In ihm sollen die zu sozialisierenden Grundstoffindustrien und die staatlich kontrollierten Finanzinstitute ein wichtiges Element sein. Sozialisierung und Kontrolle dieser Teile der Wirtschaft sind durch die Entwicklung aus einer vorausschauenden Förderung der Sozialisten zu der aktuellen deutschen Lebensfrage geworden. Ohne ihre konsequente Lösung können die sozialen Spannungen, die insbesondere durch die Kriegsfolgen auf die Spitze getrieben wurden, nicht befriedigend gelöst werden. Eine solche Lösung ist aber gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß in einer geplanten und gelenkten Wirtschaft neben den sozialisierten Industrien und Betrieben der freie Unternehmer auch in Zukunft wichtige marktwirtschaftliche Funktionen erfüllen kann.

Die Planung, die der Volkswirtschaft Ziel und Wege weist, ist wegen ihrer Bedeutung für alle Deutschen unter die Kontrolle einer zentralen parlamentarischen Körperschaft zu stellen, um den Einfluß privater und partikularistischer Interessenten auszuschalten. Zentrale Planung schließt bei der praktischen Gestaltung der Wirtschaft die Grundsätze einer organischen Zentralisation nicht aus. Ebenso wie nach den klaren Vorstellungen der Sozialdemokratie Sozialisierung nicht Staatswirtschaft oder Bürokratisierung bedeutet, soll auch die Verwaltung der Wirtschaft auf das notwendige Maß beschränkt werden. Freier Raum für die Entfaltung der Initiative aller an der Wirtschaft beteiligten Menschen muß gesichert sein. Echte Wirtschaftsdemokratie ist die Voraussetzung dafür, daß die arbeitenden Menschen zu den Anstrengungen bereit sind, die allein imstande sind, den sich jetzt vollziehenden Auflösungsprozess aufzuhalten.

Erste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik ist heute die Sicherung des Lebens gegen Hunger und Kälte. Auf die Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Gegenständen des täglichen Bedarfs müssen die verbliebenen und neu zu erschließenden Produktionsmöglichkeiten konzentriert werden. Angesichts der beispiellosen Not, welche die wirtschaftlich Schwachen, die zugleich die wichtigsten Träger der nationalen Arbeitskraft sind, bedroht, muß diese Konzentration ohne Rücksicht auf privatwirtschaftliche Spekulationen erfolgen.

Wenn so alle Kräfte auf die eine Aufgabe konzentriert werden, die gegenwärtigen chaotischen Zustände zu überwinden, muß vor allem dafür Sorge getragen werden, daß niemand von dem Erfolg dieser Anstrengungen mehr profitieren darf,

als er zu ihm beigetragen hat. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit muß zum tragenden Prinzip der neuen Wirtschaftsordnung werden. Es muß sich zuerst auswirken in gerechten Löhnen, in einem gerechten Anteil an den Erträgen der Volkswirtschaft. Soziale Gerechtigkeit muß ebenso die Grundlage für die Verteilung aller Lasten sein, die Krieg und Nazismus dem deutschen Volke aufgebürdet haben. Diese Forderung erhebt die Sozialdemokratie insbesondere im Zusammenhang mit der Währungsreform.

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen steht für den Sozialdemokraten der Mensch. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist und bleibt es, den arbeitenden Menschen aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung zu befreien. Die neue Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie dient nicht den Interessen einzelner. In ihr erst wird die Arbeit für das ganze Volk, aber auch für jeden Arbeitenden persönlich sinnvoll sein.

Sozialdemokratische Agrarpolitik

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einer aktiven Agrarpolitik, die aus der deutschen Landwirtschaft ein gesundes und gleichberechtigtes Glied der deutschen Volkswirtschaft werden läßt. Der politische Mißbrauch, den die reaktionären Kräfte mit der ländlichen Bevölkerung getrieben haben, hat der Landwirtschaft so schwere wirtschaftliche Schäden zugefügt, daß sie heute nicht imstande ist, ihren vollen Beitrag zur Erhaltung des deutschen Volkes zu leisten, und daß sie morgen in der Gefahr schwebt, unterzugehen, wenn sie — ohne die der Volkswirtschaft und der Volksernährung schädlichen Schutzzölle — mit der Weltagrarswirtschaft konkurrieren muß.

Als Partei aller arbeitenden Menschen fühlt sich die Sozialdemokratie auch für die Deutschen verantwortlich, die den Boden bebauen und so mit ihrer Arbeit dem Volk Brot geben. Sie bestreitet den Parteien, die heute in einem neuen Gewande die Politik der früheren Deutschnationalen und anderer Reaktionäre fortsetzen, den Anspruch, im Namen aller Bauern zu sprechen. Das wachsende Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung zur Sozialdemokratie, das sich in den letzten Wahlen in hunderttausenden Wählerstimmen aus ländlichen Wahlkreisen ausgedrückt hat, gibt der Sozialdemokratie dazu das Recht.

Die SPD tritt dafür ein, daß die Landarbeit, das ist die Arbeit der Bauern und der Landarbeiter, entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gerecht entlohnt wird und daß sie unter Verhältnissen geleistet werden kann, die eines freien demokratischen Volkes würdig sind. Erste Voraussetzung dafür ist, daß der Boden dem gehört, der ihn bebaut. Deshalb fordert die Sozialdemokratie eine gründliche Bodenreform und lehnt alle Maßnahmen ab, die nicht zu diesem Ziele führen. Sie wird den Kampf darum auch dann fortsetzen, wenn die Besatzungsmächte jetzt solche Schein-Bodenreformen durchführen. Sie tut das in der Überzeugung, daß nur durch eine konsequente und schnelle Aktion soziale Gerechtigkeit auch auf dem Lande hergestellt werden kann, daß nur so den Vertriebenen wirksam geholfen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gesteigert werden kann. Im einzelnen beharrt die Sozialdemokratische Partei auf den Forderungen ihres „Gesetzentwurfes für die Bodenbesitzreform“, in dem die oberste Grenze für Grundbesitz in einer Hand auf 100 Hektar festgelegt ist.

Die Sozialdemokratie will mit ihrer Agrarpolitik die Voraussetzung für eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft durch Neuorientierung der Produktion schaffen, weil erst durch einen möglichst hohen Beitrag zur Ernährung des Volkes vom eigenen Boden alle industriellen Anstrengungen, insbesondere aber der industrielle Export, sinnvoll werden. Nachdem so lange die deutsche Landwirtschaft von den Großagrarern mit ihren besonderen Interessen beherrscht worden ist, soll die neue deutsche Landwirtschaft eine Bauernlandwirtschaft sein. Die Sozialdemokratie wird alle Maßnahmen unterstützen, die dazu dienen können, der Land-

wirtschaft die Erfüllung ihrer Aufgabe im Rahmen der Planwirtschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck fordert sie besonders nachdrücklich eine Reform der immer noch von reaktionären Kräften beeinflussten landwirtschaftlichen Verwaltung an Haupt und Gliedern und ihre Unterstellung unter parlamentarische Kontrolle bis in die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.

Die SPD begrüßt die Schaffung demokratischer bäuerlicher Berufsorganisationen, denen die Gewerkschaft der Landarbeiter gleichberechtigt an die Seite treten muß. Jeden Versuch aber, den Reichslandbund als ein Instrument der politischen Beherrschung der Bauern und Landarbeiter wieder aufleben zu lassen, wird sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die neue deutsche Volkswirtschaft ist ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht denkbar. Aber auch die Erneuerung des politischen und geistigen Lebens unseres Volkes ist nur möglich, wenn die gesunden Elemente bäuerlicher Lebenshaltung wirksam werden können. Zu diesem Zweck muß der Bauer, der seinen Acker selbst bestellt, auch wirtschaftlich gesund sein, muß der Bauer, der Haus und Hof infolge des Nazikrieges verloren hat, wieder eine neue Heimat haben, muß auch der Landarbeiter eine gesicherte Existenz finden, die von jedem Überrest der Leibeigenschaft befreit ist. Diesen Zielen dient die sozialdemokratische Agrarpolitik; gemeinsam mit den Bauern wird sie gegen die alte und neue Reaktion durchgesetzt werden.

Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programms der SPD

1. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programms wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen zur Stellungnahme überwiesen.
2. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogramms auszuarbeiten.

Sozialdemokratische Flüchtlingspolitik

Im Einklang mit den humanitären Traditionen und in der Erkenntnis, daß die Frage der Vertriebenen in Deutschland eine entscheidende deutsche Schicksalsfrage ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Sache der Vertriebenen zu ihrer eigenen gemacht.

Die Frage der Vertriebenen ist das vordringlichste deutsche Notstandsproblem. Das Beginnen um seine Lösung ist deshalb ein entscheidender Ausgangspunkt für die Lösung der deutschen Nachkriegsprobleme. Hier ist der Lastenausgleich und damit die Frage einer grundsätzlichen und gerechten Neuverteilung des aus dem Krieg übriggebliebenen Besitzes zugrunde zu legen. Das ist nur möglich auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus.

Die Vertriebenen sind keine Objekte allgemeiner Fürsorge, sie sind vielmehr Subjekte im Aufbau der notwendigen Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland. Die Vertriebenen müssen als unbedingt gleichberechtigte Glieder in die neu zu errichtende deutsche Gemeinschaft auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Erwerbs- und Wirtschaftslebens bei gerechter Hinzuziehung und Belastung aller Beteiligten planvoll eingegliedert werden.

Als Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundsätze ist deren gesetzliche Festlegung für alle deutschen Länder und die Errichtung eines zentralen Flüchtlingsamtes erforderlich.

Ferner ist innerhalb der Parteiorganisation notwendig die ehrliche und überzeugte Mitarbeit aller Genossen, insbesondere der Funktionäre und der Genossen in öffentlichen Ämtern, bei maßgebender Einschaltung der bewährten und befähigten Genossen aus den Kreisen der Flüchtlinge.

Der Parteivorstand wird beauftragt:

1. einen Ausschuß mit der Vorbereitung für die gesetzliche Festlegung der Grundsätze für die Lösung des Flüchtlingsproblems alsbald zu berufen.
2. die notwendigen Schritte für die baldige Schaffung eines zentralen Flüchtlingsamtes zu unternehmen.

Die Bezirke werden beauftragt, unverzüglich bis auf weiteres hauptamtliche Referenten zur Bearbeitung von Flüchtlingsfragen einzusetzen, welche ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingssekretariat beim Parteivorstand durchzuführen haben.

Die Vertriebenen sind zusammen mit den unzähligen Opfern des Krieges, den Ausgebombten, Kriegsversehrten, Witwen und Waisen, und den Opfern des Faschismus eine neue Klasse der Besitzlosen. Sie sind die lebendigen Zeugen der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches und des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft die Vertriebenen auf, gemeinsam mit der Sozialdemokratie mitzuwirken am Aufbau eines neuen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands, welches allein auch den Vertriebenen eine neue Existenz, persönliche Sicherheit und Freiheit zu geben vermag.

Organisationsfreiheit für die SPD in allen Zonen

Eine Vertretung aller Deutschen, die sich durch Naziverbrechen nicht selbst von den Rechten des Volkes ausgeschlossen haben, muß sich auf das Mandat dieser deutschen Staatsbürger selbst stützen.

Der demokratisch erkennbare Wille der Völker wird in allen demokratischen Staaten der Welt durch Wahlen für politische Parteien gebildet. Es müssen daher auch in Deutschland in allen Zonen freie Wahlen unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden.

In der Ostzone Deutschlands steht die SPD jedoch immer noch unter Verbot! Hunderttausende ihrer ehemaligen Mitglieder und Wähler wurden, um überhaupt ihr Wahlrecht ausüben zu können, durch das Verbot der SPD gezwungen, ihre Stimmen anderen Parteien zu geben.

Eine echte Willensbildung des Volkes, auf die sich eine gesamtdeutsche Vertretung stützen muß, setzt daher auch eine freie, von allen Besatzungsmächten und innerpolitischen Machteinflüssen unabhängige und selbständige Sozialdemokratische Partei Deutschlands voraus.

Eine bloße „Zulassung“ der SPD in diesem Teile Deutschlands kann diesen Zweck nicht erfüllen. Es müssen vielmehr Garantien aller Kontrollmächte dafür geschaffen werden, daß sich die Bildung der SPD unter den gleichen Bedingungen und Freiheiten vollziehen kann, wie sie in der amerikanischen und britischen Zone für alle zugelassenen Parteien bestehen.

Die Sozialdemokratische Partei kann für alle Zonen nur als einheitliche Reichspartei im Rahmen Gesamtdeutschlands leben und ihre demokratische Wirkung zeigen.

Nur dann, wenn ihr hierzu die Möglichkeit gegeben und garantiert wird, und erst, nachdem sie sich unter Sicherung dieser Voraussetzungen konstituiert hat, ist die Bildung einer gesamtdeutschen politischen Vertretung möglich, die das Recht hat, im Namen Deutschlands zu sprechen.

Begründung:

Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei darf keiner Bevormundung durch die Besatzungsmacht unterliegen. In allen Zonen müssen dieselben Freiheiten garantiert sein wie in der amerikanischen und britischen Besatzungszone.

Wer Mitglied ist, bestimmen die Sozialdemokraten, die sich lokal und anschließend daran bezirklich zusammenfinden. Sie allein entscheiden, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Nur sie allein können die lokale und bezirkliche Leitung auf demokratischem Wege wählen.

Innerhalb der Organisation muß — wie in den Westzonen auch — völlige Parteidemokratie herrschen. Es kann keine Unterschiede der Methoden zwischen dem sozialdemokratischen Partelleben im Osten und im Westen Deutschlands geben.

Bei der Bildung sozialdemokratischer Organisationen und ihrer Vorstände hat

absolute Freizügigkeit zwischen allen Zonen zu herrschen. Auch aus anderen Zonen als der östlichen Besatzungszone hereinkommende sozialdemokratische Mitglieder können sich an Mitgliedschaft und Leitung beteiligen.

Die Sozialdemokratische Partei muß in jeder Form der Bildung und Werbung frei sein. Ihr Versammlungswesen darf politischer oder bürokratischer Bevormundung durch die Besatzungsmacht oder ihr nahestehende Kreise nicht unterliegen. Ihr ist in gleicher Weise wie etwa der SED der Rundfunk zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone verlangt die ihrer sich bald erweisenden Stärke entsprechende Unterstützung in ihrer Werbung. Vor allem auch in der Stellung von Automobilen, Benzin usw.

Die Sozialdemokratische Partei hat für Zwecke ihrer Werbung die entsprechende Zuteilung von Papier und anderen Hilfsmitteln zu beanspruchen.

Der Sozialdemokratie steht eine eigene freie Presse zu, auf deren redaktionelle und geschäftliche Besetzung nur die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie einen Einfluß hat.

In der Agitation können in der Ostzone auch Angehörige der Sozialdemokratischen Partei aus allen anderen Zonen sich ungehindert bewegen. Es sind ihnen keinerlei Schwierigkeiten bürokratischer Art in Form von Schikanen und Verhören zu bereiten.

Nur in dem Fall der Zulassung und sicheren Garantie für die völlig freie Entfaltung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone hält die Sozialdemokratische Partei die Existenz der SED in den Westzonen für berechtigt.

Das Verbot einer demokratischen politischen Partei ist mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar. Wer es billigt oder verteidigt, hat keinen Anspruch auf Demokratie und kennzeichnet sich dadurch als Anhänger der Diktatur. In der freien Sozialdemokratischen Partei ist für ihn kein Platz.

Demokratisierung der Verwaltung

Durch das hitlerische System der Parteibuchbeamten wurde die Verwaltung zu einem volksfeindlichen Instrument der Diktatur gemacht.

In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Verwaltung jedoch das Vollzugsorgan des Volkswillens, der seinen Ausdruck findet in freien Wahlen zu den Parlamenten und den von diesen gegebenen Gesetzen.

Die Verwaltung kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn nicht nur in ihrer Spitze, sondern auch in allen ihren Teilen und Funktionen einwandfreie demokratische Männer und Frauen wirken, die in ihrer eigenen Person vom Geiste echter Demokratie durchdrungen und bereit sind, diesen Geist auch in die Bevölkerung hineinzutragen, um so das Band zwischen dem Volke und seinen ihm durch die Diktatur entfremdeten Vollzugsorganen wieder fester und enger zu knüpfen.

Die Sozialdemokratie vertritt daher nach wie vor das demokratische Recht aller Staatsbürger, auch wenn sie Staatsbedienstete sind, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und in Schrift und Rede frei und gleichberechtigt mit den anderen Staatsbürgern am Neubau des Gemeinwesens auch öffentlich mitzuwirken.

Der Reichsparteitag ist sich darin einig, daß bei der Besetzung von Funktionärstellen in der Verwaltung jegliche Begünstigung aus lediglich parteipolitischen Zugehörigkeiten abzulehnen ist. Er ist aber ebenso einig darin, daß bei gleicher fachlicher Eignung den erwiesenen Gegnern der Hitlerdiktatur und auch denjenigen Personen, die sich von ihr ferngehalten haben, vor den ehemaligen Mitgliedern der Naziorganisationen bei der Verwendung in der Verwaltung der Vorzug zu geben ist.

Der Reichsparteitag beauftragt daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen und die sozialdemokratischen Fraktionen der Länder, Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Parlamente, nichts unversucht zu lassen, um zu verhindern, daß ehemalige Angehörige von Nazi-Organisationen durch Einräumung eines Rechtsanspruches auf Wiedereinstellung in die Verwaltung begünstigt werden und dadurch

fachlich geeignete Nichtmitglieder der ehemaligen Nazi-Organisationen aus der Verwaltung wieder entfernt werden oder neuen fachlich geeigneten und demokratisch zuverlässigen Kräften die Mitarbeit in der Verwaltung versperrt wird.

Der Reichsparteitag verpflichtet alle Sozialdemokraten in der Verwaltung zu vorbildlicher Arbeitsleistung, absoluter Unbestechlichkeit und beispielhaftem Verhalten im Umgang mit der Bevölkerung. Auch nach ihrer Berufung bleiben sie hierfür der Partei verantwortlich.

Mit der gleichen Treue, in der sie im Geiste der Demokratie in der Verwaltung dienen, wird die Partei sie gegen alle Verleumdungen und unbewiesenen Verdächtigungen schützen.

Hilfe für Opfer des Faschismus

Die Opfer des Faschismus, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern wegen ihrer tapferen, antinazistischen Einstellung fürchterliche Leiden erdulden mußten, können versichert sein, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Opferbereitschaft und Standhaftigkeit stärkstens anerkennen wird.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den Opfern des Faschismus eine wirkliche Rehabilitation und wirtschaftliche Hilfe zu gewährleisten. Die geplante Entziehung der bis jetzt gewährten zusätzlichen Nahrungsmittel wird abgelehnt. Sie ist in geeigneter Form unmöglich zu machen. Die gesundheitlich sehr geschädigten Opfer des Faschismus haben ein Recht, durch zusätzliche Nahrungsmittel unterstützt zu werden.

Vertreter der SPD sollen bei jeder Gelegenheit, besonders bei Formulierungen und Verhandlungen über Wiedergutmachungsgesetze, darauf hinwirken, daß Opfer des Nazismus, die durch ihre Inhaftierung nicht in der Lage waren, ihre Anwartschaften auf Leistungen aus der Sozialversicherung in alter Höhe aufrechtzuerhalten, bei der Bemessung von Renten bei Erreichung der Altersgrenze oder im Falle der Invalidität so eingestuft werden, daß die zur Auszahlung gelangenden Beträge die Höhe erreichen, die bei fortgeführter Beitragsleistung zu beanspruchen wäre.

Gebt die Kriegsgefangenen frei

Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, um die sofortige Entlassung aller Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschleppten zu veranlassen. Eine Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist ohne Lösung der Kriegsgefangenenfrage undenkbar.

Sympathiekundgebung für die Opfer des Bergwerkunglücks auf der Zeche Minister Achenbach

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg hört mit Entsetzen die Nachricht von dem Grubenunglück auf der Zeche Minister Achenbach in Lünen-Brambauer. Der Parteitag bangt um das Leben der noch eingeschlossenen Bergarbeiter und hofft, daß es den Rettungsmannschaften gelingen wird, ihr schweres, unter eigener Lebensgefahr bereits begonnenes Werk mit vollem Erfolg zu Ende zu führen. Den schwerverletzten Bergarbeitern wünscht der Parteitag eine baldige Genesung. Der gesamten Belegschaft und den von dem Unglück betroffenen Opfern der Arbeit und ihren Familien versichern die Delegierten des Parteitages ihre volle Anteilnahme.

Die Delegierten betrachten die Schaffung eines Höchstmaßes an Grubensicherheit, die im Dritten Reich durch verantwortungslosen Raubbau stark zerstört wurde, als eine der wichtigen Aufgaben der Sozialdemokratie.

Antikriegstag der SPD

In allen Ortsvereinen der SPD wird jährlich am ersten Sonntag des Monats September ein Antikriegstag veranstaltet.

Die Veranstaltung soll feierlichen Charakter und den Zweck haben, im deutschen Volke einen echten Geist der Völkerverständigung zu erwecken und zu pflegen.

Einführung einer Weltverkehrssprache

Der Parteitag empfiehlt, die Einführung der neutralen Weltverkehrssprache Esperanto in den Kreisen der Arbeiterschaft weitgehendst zu fördern und zu unterstützen sowie die praktische Anwendung für die internationale Korrespondenz mit den ausländischen Arbeiterorganisationen und die Verwendung bei internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongressen immer weiter auszubauen.

Partei und Gewerkschaften

Der Parteitag wird ersucht, eine Studienkommission einzusetzen mit der Aufgabe, die grundsätzliche und praktische Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu klären.

Aufnahme des Landesverbandes Berlin

Der Parteitag beschließt die Aufnahme des Landesverbandes Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verjüngung und Erweiterung des Funktionärkörpers der Partei

Der Parteitag beschließt, daß der Aufbau des Funktionärkörpers auf allen Gebieten auf breiter Grundlage vorgenommen wird.

Die Vereinigung zu vieler Funktionen in einer Hand führt dazu, daß die gestellten Aufgaben nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit und Energie bearbeitet und durchgeführt werden. Den jungen Genossen ist unter allen Umständen genügende Beteiligung zu sichern, damit sie in die zukünftigen Aufgaben hineinwachsen können. Niemandem sollen mehr Funktionen übertragen werden, als er sachlich und persönlich zu bewältigen imstande ist. Persönlicher Ehrgeiz muß unter allen Umständen ausgeschaltet werden. Nur ein Funktionärkörper auf breiter Grundlage bietet die Gewähr dafür, daß unsere Idee am nachhaltigsten in die Massen des Volkes hineingetragen wird.

Vertretung der weiblichen Mitglieder im Parteiausschuß

Der § 22 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

Nach dem Satz: „Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen“, wird eingefügt:

„Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteiausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruchs werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.“

Neue Ausschlußbestimmungen

Der § 26 des Organisationsstatuts der Partei wird wie folgt geändert:

I. Aus der Partei ausgeschlossen wird:

- a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat;
- b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt;
- c) wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat;
- d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder der Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt.

II. In außerordentlichen Fällen, in denen durch schnelles Eingreifen eine nicht abzuwehrende schwere Schädigung der Partei verhindert werden muß, kann der zuständige Kreisvereinsvorstand den Ausschluß beim Bezirksvorstand stellen mit der Maßgabe, daß sämtliche Rechte und Funktionen des Auszuschließenden sofort ruhen.

III. Über Ausschlußanträge, die die Absätze 1 a und 1 b betreffen, entscheidet der Kreisvereinsvorstand.

In diesen Fällen wird der Beschluß sofort wirksam.

IV. Der Ausschlußantrag darf nur von einem Ortsverein bzw. in größeren Orten von einer seiner Unterorganisationen gestellt werden. Außerdem hat jede Organisation innerhalb der Partei das Recht, einen Ausschlußantrag auch gegen solche Mitglieder zu stellen, die einem anderen Bezirk angehören. Solche Ausschlußanträge müssen bei dem Bezirk gestellt werden, dem die antragstellende Organisation angehört.

V. Als erste Instanz der Fälle 1 c und 1 d entscheidet über den Ausschlußantrag ein Schiedsgericht des Kreisvereins, das aus fünf Personen besteht. Der für den Angeschuldigten zuständige Kreisvereinsvorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des betreffenden Kreisvereins sein, dem der Angeschuldigte angehört.

VI. Als Berufungsinstanz gilt der Bezirksvorstand. Der Einspruch gegen den Beschluß der ersten Instanz steht sowohl dem Beschuldigten als auch dem zuständigen Kreisvereinsvorstand beim Bezirksvorstand zu.

Beim Bezirksvorstand ist ein Schiedsgericht sinngemäß der ersten Instanz zu bilden.

Der § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Die Grundlage der Organisation bildet der aus den Kreisvereinen oder Unterbezirken zusammengesetzte Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.“

Beschlüsse zur Wahl des Parteivorstandes

a) Statutenänderung

Der § 17 Absatz 1 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

„Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens vier Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.“

b) Zusammensetzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, sechs besoldeten Mitgliedern und 22 unbesoldeten Beisitzern.

c) Vollmachten an Parteivorstand und Parteiausschuß für die Wahl eines weiteren besoldeten Vorstandsmitglieds.

Der Parteivorstand und der Parteiausschuß sind ermächtigt, während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag ein besoldetes Vorstandsmitglied zu wählen, das mit allen Rechten eines besoldeten Vorstandsmitglieds dem Parteivorstand angehört.

Organisation

Der § 8 Absatz 4 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

„Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke (ausgenommen Eintrittsmarken) ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Parteilasse abgeführt wird.“

Versand des Parteitagmaterials

Der Parteitag beschließt: Das Material zum Parteitag muß mindestens vier Wochen vor Stattfinden des Parteitages in den Händen der Delegierten sein.

Anwesenheitsliste des Parteitagcs

Partei Vorstand

Dr. Kurt Schumacher
Erich Ollenhauer
Fritz Heine
Herbert Kriedemann
Alfred Nau
Valentin Baur
Anna Beyer
Franz Bögler
Willi Eichler

Andreas Gayk
Ernst Gnoß
Robert Görlinger
Dr. Adolf Grimme
Emil Groß
Fritz Helmstetter
Fritz Hensler
Wilhelm Kalsen
Wilhelm Knothe

Julius Loßmann
Karl Meitmann
Dr. Walter Menzel
Ludwig Metzger
Franz Neumann
Louise Schröder
Dr. Elisabeth Selbert
Dr. Hermann Veit

Parteiausschuß

Otto Bennemann
Eml. Bettgenhäuser
Richard Borowski
Georg Buch
Max Denker
Rudolf Freidhof
Alfred Frenzel
Rosa Helfers
Willi Hitter
Franz Höhne

Richard Jaeckle
Paula Karpinski
Anni Krahnstöver
Maxim Kuraner
Walter Langenbeck
August Meier
Willy Michel
Hermann Osterloh
Karl Ratz
Hermann Runge
Käthe Schaub

Willy Schirrmacher
Walter Schmedemann
Dr. Karl Schmid
Anna Stiegler
Käthe Strobel
Dr. Otto Suhr
Heinrich Wenke
Thomas Wimmer
Ida Wolff
Trude Wolff

Kontrollkommission

Gustav Bratke
Walter Damm
Heinrich Höcker

Georg Richter
Adolf Schönfelder
Karl Seeser

Jacob Steffan
Fritz Ulrich
Christian Wittrock

Delegierte

Bezirk Schleswig-Holstein

Bernhard Ahrens
Karl Albrecht
Otto Auhagen
Karl Bung
Paul Dölz
Heinrich Fischer
Ida Hinz
Peter Kuskopf
Paul Lampl
Ernst Langeheinicke

Eugen Lechner
Paul Lohmann
Hanna Lucas
Friedrich Lüthje
Walter Lurgenstein
Willi Neurath
Hans Ohldorf
Otto Passarge
Heinz Ralfs
Irma Schadow

Hans Schröder
Hermann Schwarz
Georg Seeler
Heinrich Sollmann
Willy Steinhörster
Gerhard Tackmann
Richard Thiede
Hans Vorbrook
Heinrich Warstatis
Berta Wirthel

Bezirk Hamburg

Max Brauer
Arthur Busch
Gustav Dahrendorf
Martha Damkowski
Willi Elsner
Bernhard Früchtling

Max Hockenholz
Ernst Kähler
Hellmuth Kalbitzer
Erich Klabunde
Maria Klinke
Berta Kröger

Gertrud Lockmann
Dr. Paul Nevermann
Willi Schmedemann
Johannes Schult
Fritz Wartenberg
Grete Wöhrmann

Bezirk Bremen-Nordwest

Johannes Altmann
Hermann Herpin
Gerd van Heukelum
Heinrich Homberg
Franz Kaiser

Willy Kelch
Emil Kraft
Annamarie Mevissen
Oito Quellhorst
Gertrud Reichelt

Viktor Schoonbrodt
Willy Steinke
Karl Stockhinger
H. Temmen
Hermann Wolters

Bezirk Hannover

Fritz Brockmann
Herbert Bruhn
Alfred Dannenberg
Egon Franke
Erich Gerlach
Gertrud Greising
Karl Hieber
Robert Hofmeister
August Holweg

Ernst Kipker
Wilhelm Korpeter
Felix Kraft
Johannes Lau
Heinrich Löffler
Wilhelmine Ludig
Karl Markwardt
Viktor Mathejczyk
Heinz Mehnert

Erich Michel
Kurt Partzsch
Konrad Rakemann
Wilhelm Ruhnke
Friedrich Schirmer
Karl Schönemann
Wilhelm Wessel
Fritz Wulfert

Bezirk Braunschweig

August Jacob
Alfred Kubel
Robert Ossig

Heinz Pause
Georg Röttger
Heinrich Schneider

Hermann Troppenz
Peter Walter

Bezirk Östliches Westfalen

Peter Birkel
Georg Erdmann
Otto Grube
Fritz Kohlmeier

Wilhelm Kölling
Heinrich Kramer
Paul Kulemann
Heinrich Lücking

Wilhelm Mellies
Johann Schmitt
Erwin Wittenbreder

Bezirk Westliches Westfalen

Emil Agatha
Elfriede Amelung
Maria Ansorge
Erich Baude
Willi Bergmann
Robert Brauner
Emmi Gerndt
Alfred Gleisner
Willi Grobe
Emil Groll
Gen. Günter
Walter Harich

Jonny Helde
Rudolf Heiland
Julius Hense
Heinrich Hufnagel
Gen. Jakobi
Hermann Kell
Kurt Kötsch
Heinrich Krämer
Hans Laubrunn
Erich Meyer
Oscar Möhle
Eduard Nollkämper

Leni Rommel
Otto Rother
Hubert Scharley
Artur Schirmmacher
Johann Schillewick
Ernst Schlotz
Willi Schneider
Fritz Steinhoff
Hugo Stoffers
Lony Triebel
Gen. Weber

Bezirk Niederrhein

Dr. Paul Berger
Karl Bergmann
Willi Biedorf
August Blanke
Aenne Frieb
Else Görgens

Josef Hellenbrock
Willi Hesse
Hans Lenschen
Wilhelm Nießwandt
Paula Pütt
Wilhelm Schiffer

Robert Melzing
Heinrich Schroth
Robert Stahl
Hubert Valder
Adolf Winzen
Karl Zöllig

Bezirk Oberrhein

Franz Bott
Christian Fette
Philipp Fries

Mine Härdle
Hein Hamacher
Franz Helnen

Mathias Moll
Josef Pedrotti

Bezirk Rheinland-Koblenz-Trier

Josef Füllenbach

Willi Schneider

Oswald Uhlig

Bezirk Hessen-Kassel

Anton Aich
Gerd Benz
Konrad Bischoff

Karl Herrmann
Karl Kraft
Hans Nitsche

Käthe Richter
Justus Windemuth
August Zinn

Bezirk Hessen-Frankfurt

Ludwig Benz
Wilhelm Birkelbach
Ludwig Bodenbender
Heinz Daniels
Franz Fuchs
Georg Gaßmann
Franz Gruber

Hans Jäger
Hans Kargl
Otto Köth
Otto Leucht
August Lorenz
Jean Ruth
Hermann Schaub

Hans Schröder
Johanna Spangenberg
Margarete Starrmann
Georg Stierle
Willi Thomas
Josef Walther
Margarete Werner

Bezirk Rheinhessen

Ludwig Bardorf

August Krahn

Bezirk Württemberg-Baden

Fritz Buch
Heini Großhans
Gottlob Kamm
Hermann Knorr

Hugo Rimmelspacher
Willi Sauter
Franziska Schmidt
Erwin Schoettle

Heinrich Schweitzer
Albert Spieth
Jacob Trumpfholler
Albert Wolf

Bezirk Süd-Württemberg

Ernst Hose

Oskar Kalbfell

Bezirk Süd-Baden

Hans Gottstein

Kurt Reinhardt

Karl Löhle

Bezirk Oberpfalz- Niederbayern

Martin Ernst
Ernst Herder

Erich Kohlrausch
Fritz Renner
Hans Schelter

Andreas Schlittmeier
Gen. Schröder

Bezirk Ober- und Mittelfranken

Simon Beyerlein
Willi Fischer
Franz Förster
Josef Gobhard
Franz Haas
Otto Haubold

Hans Högn
Georg Kerner
Hans Kurz
Fritz Lübke
Josef Otto
Käte Reichert

Georg Rösch
Fritz Schönauer
Kurt Scholz
Emil Sieg
Artur Tübel
Walter Weber

Bezirk Unterfranken

Gert Benz
Johann Maag

Karl Mader
Gerda Vey

Bezirk Oberbayern

Anton Bauer
Edith Hoereth
Josef Kicne

Waldemar v. Knoeringen
Franz Marx
Christian Roith

Josef Sebald
Franz Wellmeier

Bezirk Schwaben

Magnus Bunk
Helmut Gerber

Ernst Richter
Liesl Weinberger

Bezirk Pfalz

Georg Born
Fritz Fickelsen
Lulise Herklotz

J. Kuhn
Ferdinand Schardt
Friedrich Schmidt

Erwin Stein
Friedrich Wagner

Bezirk Groß-Berlin

Otto Bach
Erwin Bennowitz
Adolf Dünnebacke
Grete Heise
Ella Kay
Gustav Klingelhöfer
Hanna Kühn

Dora Lösche
Kurt Mattick
Hellmut Mattis
Ruth Ohrenschall
Christoph Pfänder
Ernst Reuter
Erich Ryneck
Herbert Scheffler

Alfons Schöpflin
Curt Swolinski
Theo Thiele
Willi Urban
Erna Wichert
Rudolf Wissel sen.
Jeanette Wolff

Parteiinstitutionen

August Albrecht	I. H. W. Dietz-Verlag Nachfolger
Erich Brost	Berliner Sekretariat des Parteivorstandes
Rudolf Dux	Ostsekretariat
Herta Gotthelf	Frauensekretariat
Arno Hennig	Sozialistische Kulturzentrale
Hans Hermsdorf	Jungsozialisten
Lotte Lemke	Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt
Erich Lindstaedt	„Die Falken“
Günter Markscheffel	Sekretariat für die französische Zone
Siegfried Orloff	Sekretariat beim Parteivorstand
Dr. Guntram Prüfer	Rundfunkbüro Hamburg
Fritz Sänger	Sozialdemokratischer Pressedienst
Karl Storbeck	Konzentration G. m. b. H.
Ernst Zimmer	Flüchtlingssekretariat

Internationale Gäste

Louis de Brouckère	Brüssel, Vorsitzender des Internationalen Kontakt-Komitees
Joseph Reeves M. P.	Mitglied des Exekutivkomitees der britischen Labour Party
Salomon Grumbach	Paris, S. F. I. O.
Wim Thomassen	Holland, Partei der Arbeit
J. M. Willems	
John Sanness	Norwegen
H. C. Hansen	Sozialdemokratische Partei Dänemarks
Freder Nielsen	
Kaj Björk	Schweden, Sozialdemokratische Partei
Emil Wallin	
Gabriele Proft	Sozialistische Partei Österreichs
Rosa Jochmann	
Franz Jonas	
Franz Peyerl	
Carlo de Gregorio	Partito Socialista dei Lavoratori Italiani
Alberto Simonini	
Marlo Zagari	
Dr. Vilem Bernard	Mitglied des Internationalen Kontakt-Komitees
Emanuel Buchinger	Sozialdemokratische Partei Ungarns
Leon Dennen	Social Democratic Federation of Amerika

SPD-Gäste aus dem Ausland

Max Cohen-Reuß	Paris
Wilhelm Dittmann	Zürich
Carla Gehrke	Kopenhagen
Kurt Heinig	Stockholm
Ernst Paul	Stockholm
Dr. Heinrich Ritzel	Basel
Karl Rowold	Kopenhagen
Wilhelm Sander	London
Friedrich Stampfer	New York